7/8 NRW Magazin

www.dbb-nrw.de

Juli/August 2019 • 62. Jahrgang

Zeitschrift des
DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion

Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft grundlegend

Interview mit dem Digitalminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Mit dem Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, sprachen Roland Staude, DBB NRW Vorsitzender, und Joachim Klein, Chefredakteur des DBB NRW Magazins, im Düsseldorfer Landtag.

Im Interview am Rande des Plenums im Düsseldorfer Landtag

© DBB NRW (2)

DBB NRW Magazin: Auf der Website Ihres Ministeriums finden wir die Aussage: „In den nächsten Jahren werden wir die Verwaltung neu erfinden.“ Was müssen wir uns darunter vorstellen?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft grundlegend. Alle Lebensbereiche werden von diesem Thema durchdrungen. Auch die Verwaltung muss sich entsprechend darauf einrichten, auf diese Änderung innerhalb der Gesellschaft möglichst proaktiv zugehen und versuchen, sie mitzugestalten.

Dazu müssen wir uns fragen: Sind die Prozesse, die wir in der analogen Welt bislang haben, in der jetzigen Form überhaupt noch nötig oder müssen wir sie anders gestalten? Auch, um dadurch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung von Routineaufgaben zu entlasten und dort einzusetzen, wo sie den Bürgerinnen und Bürgern mehr Nutzen bieten können. Letztlich schafft die Digitalisierung den Spielraum, um den neuen Anforderungen an den öffentlichen Dienst besser gerecht zu werden.

DBB NRW: Flexible Arbeitsformen und mobiles Arbeiten sind unseres Erachtens zwingende Voraussetzung, um eine breite Akzeptanz zu erreichen. Wie können wir die Voraussetzungen am besten schaffen?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Der dringend benötigte Wandel wird nur gelingen, wenn wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung zum Teil dieses Wandlungsprozesses machen. Sie müssen mit einbezogen und selbst Mitgestalter werden.

Mobiles Arbeiten bietet viele Möglichkeiten, auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mobiles Arbeiten heißt nicht im klassischen Sinne „Home Office“. Es gibt neue Wege, die wir experimentieren sollten. Die Arbeit von morgen muss für die Beschäftigten so organisiert sein, dass daraus ein Gewinn für sie erwächst.

Und: Es darf nicht eine Situation eintreten, wo sich der Be-

3 Gezielte Lösungen statt ...

Anhörung im Landtag zum Thema „Pauschale Beihilfe“

5 Anusch Melkonyan ist Vorsitzende

DBB NRW Landesfrauenvertretung hat neuen Vorstand gewählt

5 Der Vorstand des DBB NRW

Vorstellung der wiedergewählten Mitglieder

schäftigte um seine eigene Entwicklung Sorgen machen muss.

DBB NRW: Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung: Wie können wir IT-Fachkräfte IT-Sicherheitsexperten und IT-Fachkräfte für uns noch gewinnen?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Es gibt gewisse Spielräume. Der öffentliche Dienst kann jedoch nicht in allen Bereichen mit dem privaten Sektor gleichziehen. Der öffentliche Dienst hat aber auch Vorteile, die man hervorheben muss. Hierzu gehört insbesondere die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies hat für viele Menschen einen hohen Stellenwert.

Ein gutes Beispiel ist für mich unser Landesbetrieb IT.NRW. Dort sind manche beschäftigt, die zehn Jahre im privaten IT-Bereich tätig waren und sich dann für eine geregelte Arbeitszeit und eine bessere Work-life-Balance entschieden haben. Wenn wir die Digitalisierung vernünftig nutzen und im Sinne der Beschäftigten auch mitentwickeln, dann wird das die Attraktivität des öffentlichen Sektors eher noch erhöhen.

Gerade mit Blick auf die Bekämpfung der Cyberkriminalität und die zunehmende Bedeutung von IT-Sicherheit müssen wir die besten IT-Fachkräfte an uns binden. Im Wettbewerb um die besten Köpfe müssen wir als öffentlicher Dienst die Voraussetzungen dafür schaffen, indem wir eigene Stärken ausspielen aber auch Lücken schließen.

DBB NRW: Würde es sich nicht anbieten, dass das Land eine eigene Ausbildung für den IT-Bereich anbietet?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Im Gehobenen Dienst richten wir uns mit einem Bachelorstudiengang bereits darauf ein. Zum Thema Cyber Security wird es Ausbildungsabschnitte geben. Wir sollten künftig auch duale Masterstudiengänge anbieten, das machen Unternehmen auch.

Roland Staude und Prof. Dr. Andreas Pinkwart

DBB NRW: Christian Lindner hat einmal gesagt: „Die Digitalisierung ist die zweite industrielle Revolution“. In der Vergangenheit haben solche Revolutionen immer auch neue Arbeitsplätze geschaffen. Schafft die Digitalisierung denn auch zusätzliche Arbeitsplätze?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Wir durchlaufen gerade die vierte industrielle und die zweite digitale Revolution. Ich habe noch ein Spiegel-Cover aus den 70er-Jahren in Erinnerung. Der zeigte einen Blaumann mit einem Roboter. Und die Überschrift dazu war: Geht uns die Arbeit aus?! Heute haben wir nahezu Vollbeschäftigung.

Dabei sind wir zurzeit erkennbar in einer Übergangsphase. Es gibt häufig noch Doppelbelastungen. Die alte Welt wird fortgeführt, die neue Welt muss aufgebaut werden. Das wird in den nächsten Jahren zu einer Bereinigung führen müssen. Dabei dürfen wir aber zwei Dinge nicht aus dem Blick verlieren: Das eine ist die Demografie. Wir verlieren massiv Fachkräfte, auf der anderen Seite wächst die Lebenserwartung. Es wird viele neue Arbeitsplätze geben, die es Menschen ermöglichen, angenehm leben zu können. Der Rationalisierungseffekt wird ebenfalls greifen. Dieser wird aber auch in einem erheblichen Maße benötigt, um die Lücke zu schließen, die die Demografie aufreißt. Hinzu kommt, dass viele Aufgaben wegfallen und gleichzeitig viele neue entstehen, wie etwa im Bereich des lebenslangen Lernens, der Gesundheit und der Sicherheit.

Je mehr wir uns von Maschinen unterstützen lassen, desto mehr Zeit haben die Menschen, um bislang ungenutzte Talente zur Entfaltung zu bringen. Ich will ein Beispiel nennen: Als das Auto erfunden wurde, waren von heute auf morgen Pferde wie auch Sattler und Hufschmiede nahezu überflüssig. Heute gibt es eine Million Reitpferde in Deutschland und Sattler und Hufschmiede erfreuen sich großer Wertschätzung. Dabei werden die Pferde nicht mehr für die Arbeit gebraucht, sondern einfach nur zum Vergnügen.

Ludwig Erhard hat die Marktwirtschaft als Entdeckungsverfahren bezeichnet. Ich bin zuversichtlich, dass wir im Zuge der Digitalisierung viel Neues entdecken, das wir anstreben wollen. Daraus entsteht Arbeit, Wertschöpfung und vor allen Dingen auch ein weiterer Sinn für unser Leben.

DBB NRW: Was halten Sie von der von SPD und Grüne, auch in Nordrhein-Westfalen angestrebten Wahlmöglichkeit, zukünftig Beamte entscheiden zu lassen, ob sie in eine private Krankenkasse gehen sollen oder in eine gesetzliche?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart: SPD und Grüne wollen damit die Einheitsversicherung für alle. Das ist nicht meine Überzeugung.

In einer pluralen Gesellschaft brauchen wir plurale Angebote. Wir brauchen den Wettbewerb. Auch von Versicherungen und von medizinischen Angeboten. Nur damit halten wir weiterhin den Anspruch aufrecht, dass Deutschland der Standort in der Welt ist, wo Gesundheit höchsten Qualitätsansprüchen genügt.

Nur mit einer pluralistisch angelegten Versorgung, die Qualität und Wettbewerb nutzt, können wir diesen hohen Standard gewährleisten. Mit einer Einheitsversicherung würde die Versorgung nur noch dem Mittelmaß entsprechen. Das ist mir für Gesundheit zu wenig.

DBB NRW: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Landtag NRW beschließt Besoldungserhöhungen

In der 28. Kalenderwoche ist ein Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht worden, mit dem die Besoldung und Versorgung für die Jahre 2019 bis 2021 erhöht werden sollen. Dieser Gesetzentwurf wurde vorab dem Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen zur Stellungnahme vorgelegt und es konnte festgestellt werden, dass darin die auch mit dem DBB NRW in den Besoldungsgesprächen vom 22. März 2019 erarbeiteten Ergebnisse umgesetzt werden.

Diesem Gesetzentwurf hat der Landtag einstimmig zugestimmt, sodass das für die Erhöhung der Bezüge für die Beamtinnen und Beamten sowie den Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfängern notwendige Anpassungsgesetz nun kurzfristig verkündet und in Kraft treten kann. Entsprechende aktuelle Besoldungstabellen und weitere Infos sind über die Homepage des DBB NRW (www.dbb-nrw.de) abrufbar. ***MP***

Beihilfe

DBB NRW: Gezielte Lösung statt „Holzhammer-Methode“

Anhörung im Landtag zum Thema „Pauschale Beihilfe für Beamtinnen und Beamte“

In einer Anhörung zum Thema Pauschale Beihilfe für Beamtinnen und Beamte in Nordrhein-Westfalen forderte der Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen die Benachteiligung von gesetzlich versicherten Beamtinnen und Beamten zu beenden – und zwar schnell, unkompliziert und vor allem systemkonform. Den vorgelegten Gesetzentwurf lehnte der DBB NRW dagegen aufgrund zahlreicher Bedenken ab.

Roland Staude und Himmet Ertürk (stellvertretender DBB NRW Vorsitzender) bei der Anhörung im Landtag.

© DBB NRW

In einer Anhörung im Landtag ging es um das Thema „Pauschale Beihilfe für Beamtinnen und Beamte“. Die SPD hatte dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt, Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag gestellt. Beide Drucksachen wurden in einer gemeinsamen Anhörung von Sachverständigen beurteilt. Dabei wurde schnell deutlich, dass beim Thema „Pauschale Beihilfe“, ähnlich wie auch bei dem dahinterstehenden Modell der sogenannten „Bürgerversicherung“, Sachlichkeit oft hinter Populismus zurücktreten musste. Wo Argumente fehlten, wurden Probleme mit abfälligen Bemerkungen wie „Schreckgespenst“ abgekanzelt.

„Fakt ist jedoch, dass das Thema Bürgerversicherung auf Bundesebene – mit gutem Grund – gescheitert ist und der vorgelegte Gesetzentwurf der SPD sowie auch der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen versuchen, einen Einstieg in diese Einheitsversicherung ‚durch die Hintertür‘ zu erreichen“, ordnete der DBB NRW Vorsitzende **Roland Staude** den Gesetzentwurf ein. „Und Fakt ist genauso, dass die Einführung einer solchen Einheitsversicherung für alle Beteiligten nur Nachteile bringen, außerdem Mehrkosten verursachen und dabei die aktuellen Probleme der Krankenversicherung nicht lösen würde.“

Zur Wahrheit gehört jedoch auch, dass die Kombination aus Beihilfe und privater Restkostenversicherung zwar für die meisten Beamtinnen und Beamten ein gutes Modell darstellt, durch die aktuelle Gesetzeslage jedoch eine kleine Teilgruppe benachteiligt ist.

In der Vergangenheit war es für einige Beamtinnen und Beamten, zum Beispiel aufgrund von Vorerkrankungen, bei ihrer Verbeamtung nicht möglich, eine private Krankenversicherung abzuschließen. Aus diesem Grund bestand für sie nur die Möglichkeit einer freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung, die jedoch nicht mit der Beihilfe kombinierbar ist. Folglich zahlen diese Beamtinnen und Beamten den gesamten Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung selbst, einen Zuschuss in Form eines Arbeitgeberbeitrags sieht das Landesbeamtengesetz nicht vor.

Der DBB NRW verkennt dieses Problem keineswegs. Deswegen hatte er in seiner Stellungnahme auch explizit gefordert, eine Lösung für diese Beamtinnen und Beamten zu finden. Sie sollte jedoch gezielt auf diese Teilgruppe zugeschnitten sein und innerhalb des bestehenden Systems gefunden werden. Sein Gesprächsangebot bei diesem Thema hatte der DBB NRW im Rahmen der Anhörung noch einmal bekräftigt.

„Wir sind als konstruktiver Partner bekannt, wenn es darum geht, tatsächliche Lösungen zu finden“, erklärte Roland Staude. Er verwehre sich jedoch dagegen, wenn Teilgruppen von Beamtinnen und Beamten gegeneinander ausgespielt und instrumentalisiert werden, um ein ideologisches Projekt voranzutreiben. „Eine vermeintliche Verbesserung der Situation einer kleinen Gruppe von Beamtinnen und Beamten ginge mit diesem Entwurf ganz getreu einer ‚Holzhammer-Methode‘ zulasten aller Beamtinnen und Beamten“, so der DBB NRW Vorsitzende. Das lehnt der DBB NRW entschieden ab und fordert stattdessen systemkonforme Lösungen. ■

Roland Staude im Gespräch mit CDA-Vorsitzendem

Ein vertrauensvoller und konstruktiver Austausch fand zwischen dem nordrhein-westfälischen CDA-Vorsitzenden **Dennis Radtke** und dem DBB NRW Vorsitzenden **Roland Staude** statt. Themen waren unter anderem mögliche Eckpunkte einer Dienstrechtsreform beziehungsweise einer Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst, eine Absenkung der Wochenarbeitszeit sowie die Verbesserung von geschlechtergerechten Aufstiegschancen im Öffentlichen Dienst. ■

Roland Staude und Dennis Radtke.

© DBB NRW

DBB NRW: Attraktivitätsoffensive dringend erforderlich

DBB Gewerkschaften sprechen mit SPD über Dienstrecht

Dienstrechtsreform abgeschlossen – Thema beendet? Wohl kaum! Um in Zeiten des Fachkräftemangels überhaupt qualifiziertes Personal für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, ist eine Attraktivitätsoffensive dringend erforderlich. Die SPD-Landtagsfraktion hatte zu diesem Thema die Gewerkschaften des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) zum Gespräch eingeladen.

Basis des Gesprächs war ein erstes Positionspapier der SPD-Fraktion, in welchem viele Forderungen des DBB NRW Einzug gehalten hatten. Entsprechend positiv und konstruktiv war die Gesprächsatmosphäre zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Inhaltlich bildeten insbesondere die Themen Wochenarbeitszeit und Verbesserungen bei Entwicklungsperspektiven wichtige Schwerpunkte des Gesprächs: „Eine Wochenarbeitszeit von 41 Stunden ist alles andere als attraktiv, gerade für junge Menschen, die einen immer stärkeren Fokus auf das Thema ‚Work-Life-Balance' haben", erklärte **Himmet Ertürk**, stellvertretender Vorsitzender des DBB NRW. Außerdem könne es nicht sein, dass in bestimmen Laufbahnen nahezu keine Aufstiegsperspektiven vorhanden seien. „Bessere Beförderungsmöglichkeiten und leistungsgerechtere Aufstiegschancen sind zwingend notwendig, um die besten Köpfe für den öffentlichen Dienst zu gewinnen", so der stellvertretende DBB NRW Vorsitzende.

Als weiteres Hemmnis bei der Nachwuchsgewinnung kristallisierte sich im Rahmen des Gesprächs das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte" heraus. Immer wieder ist in den Medien von Beleidigungen und Angriffen auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu lesen. Das wirke alles andere als motivierend auf Beschäftigte und potenzielle Bewerber gleichermaßen – darin waren sich die Gesprächsteilnehmer einig. Ebenso wie über die Tatsache, dass sich hier dringend etwas ändern muss.

Darüber hinaus wurden unter anderem noch die Themen Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, Verbesserung und leistungs- und geschlechtergerechte Aufstiegschancen sowie eine Reduzierung der Befristungen angesprochen.

Aus dem DBB NRW Vorstand nahmen an dem Gespräch neben Himmet Ertürk **Stefan Behlau** und **Rainer Hengst** teil. ***JM***

Vertreter der DBB NRW Gewerkschaften mit Thomas Kutschaty, Fraktionsvorsitzender der SPD NRW im Düsseldorfer Landtag (Bildmitte vorne, Achter von links)

© DBB NRW

Anusch Melkonyan ist neue Vorsitzende

DBB NRW Landesfrauenvertretung hat neuen Vorstand gewählt

Nur zwei Tage nach dem Gewerkschaftstag des DBB NRW Ende Mai hat die Landesfrauenvertretung des DBB NRW einen neuen Vorstand aus ihrer Mitte gewählt.

Zwei Neue mit zwei Ehemaligen: Melanie Hengst, Tanja Küsgens, Anusch Melkonyan und Elke Stirken (von links)

© DBB NRW

Auf die Nachfolge von **Elke Stirken** (komba), die sich nicht mehr zur Wahl stellte und die letzten fünf Jahre als Vorsitzende die Arbeit der Landesfrauenvertretung geprägt hatte, wurde **Anusch Melkonyan** (komba) als neue Vorsitzende aus der Mitte des Gremiums einstimmig zur neuen Vorsitzenden für die nächste Amtsperiode gewählt. Als Stellvertreterinnen wurden die Kolleginnen **Tanja Küsgens** (VBE) und **Diana Wedemeier** (DSTG) gewählt.

Dank der neuen Medien und dem Zeitalter der Digitalisierung erfolgte die Vorstellung der Kollegin Diana Wedemeier via Videobotschaft an die Kolleginnen des Gremiums.

Gemeinsam mit der neuen Vorsitzenden Anusch Melkonyan werden sich Tanja Küsgens (VBE) und Diana Wedemeier zukünftig für die Belange und Chancengleichheit von Frauen im öffentlichen Dienst einsetzen. Die Wahl des Vorstands der Landesfrauenvertretung hätte zu keinem besseren Zeitpunkt stattfinden können. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verabschiedet, in dem insbesondere für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern die entscheidende Formulierung in Art. 3 Abs. 2 GG eingebettet wurde. Die Ziele und Grundsatzforderungen der Landesfrauenvertretung des DBB NRW werden die neu gewählten Kolleginnen nunmehr weiterverfolgen und gegenüber der Politik einfordern und damit die bisherige Arbeit des alten Vorstandes unter der Rigide von Elke Stirken (komba), **Milanie Hengst** (DSTG) und **Ute Foit** (VBE) weiterführen.

Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW, bedankte sich in seinem Grußwort bei den Kolleginnen im Namen des DBB NRW für deren Einsatz und guter Zusammenarbeit. Jetzt, wo der Staffelstab übergeben wurde, gilt es weiter aktuelle Themen zu begleiten und politische Gespräche zu führen. Frauenpolitische Fachtagungen werden geplant und die demografische Entwicklung ist die zentrale politische Herausforderung der kommenden Jahre und Jahrzehnte – nicht nur die politisch Verantwortlichen, sondern auch die sozialen Sicherungssysteme und der gesamte Arbeitsmarkt werden auf die sich ändernde Altersstruktur der Bevölkerung reagieren müssen.

Dabei ist das Augenmerk auf die Verbesserung der Situationen der Frauen zu richten. Die neuen Kolleginnen freuen sich auf diese Herausforderungen.

JDS

DBB intern

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen

Vorstellung der wiedergewählten Mitglieder

Hier wollen wir Ihnen kurz die wiedergewählten Mitglieder des neu gewählten Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen vorstellen. Die neu gewählten Vorstandsmitglieder haben wir interviewt. Diese Interviews erscheinen in der nächsten Ausgabe des DBB NRW Magazins.

1. Vorsitzender

Roland Staude (53) aus Bielefeld ist verheiratet und hat drei Kinder. Seine Fachgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen ist die komba gewerkschaft. Der Dipl.-Verwaltungsbetriebswirt steht bereits seit fünf Jahren dem DBB NRW vor. Bevor er hauptamtlich das Amt des 1. Vorsitzenden übernommen hat, war er Leiter des Bielefelder Ordnungsamtes.

2. Vorsitzende

Jutta Endrusch (65) aus Wetter ist Mitglied im Verband Bildung und Erziehung (VBE). Die Rektorin einer Ganztagshauptschule in Witten bekleidet schon seit fünf Jahren das Amt der 2. Vorsitzenden des DBB NRW und engagiert sich neben

Roland Staude

Jutta Endrusch

© Windmüller (2)

den Belangen der Berufspolitik besonders für die Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen im öffentlichen Dienst.

Stellvertretende Vorsitzende

Andreas Bartsch (61) ist Gymnasiallehrer, verheiratet und hat zwei Kinder. Seine Fachgewerkschaft ist der Deutsche Philologen-Verband (DPhV). Er ist freigestelltes Mitglied im Lehrerpersonalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf und im Hauptpersonalrat des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Schule.

© Windmüller (6)
Andreas Bartsch

Andreas Bartsch: „Es macht Freude, sich für die Interessen der Kollegen einzusetzen und mit dazu beizutragen, dass der öffentliche Dienst eine attraktive Berufsperspektive bietet."

Erich Rettinghaus (55) ist Kriminalhauptkommissar, verheiratet und hat einen Sohn. Geboren und aufgewachsen ist er in Duisburg, wohnhaft seit 1992 im Kreis Wesel mit Wohnort Kamp-Lintfort.

Erich Rettinghaus: „Als stellvertretender Vorsitzender möchte ich meinen Teil dazu beitragen, dass der DBB NRW weiter an Größe und Einfluss – als Vertretung aller im öffentlichen Dienst Beschäftigen, egal ob Beamte oder Regierungsbeschäftigte – gewinnt."

Erich Rettinghaus

Andrea Sauer-Schnieber (58), aus Holzwickede ist Diplom-Finanzwirtin (FH). Ihre Fachgewerkschaft ist die Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG).

Andrea Sauer-Schnieber: „Mich reizt an der Aufgabe als Mitglied im DBB NRW Vorstand, die Möglichkeit, den politischen Meinungsbildungsprozess im Sinne der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes positiv beeinflussen zu können."

Der neu gewählte stellvertretende Vorsitzende **Himmet Ertürk** wird in der nächsten Ausgabe vorgestellt. ■

Andrea Sauer-Schnieber

Vorstandsmitglieder

Stefan Behlau (45) ist Lehrer, verheiratet, hat drei Kinder. Geboren ist er in Aachen, aufgewachsen in Stolberg und wohnt seit fast 20 Jahren in Siegburg. Seine Fachgewerkschaft ist der Verband Bildung und Erziehung (VBE).

Stefan Behlau: „Wir müssen deutlich machen, dass wir im öffentlichen Dienst nicht selbstverständlich sind, dass echte Wertschätzung über warme Worte und Sonntagsreden hinausgeht. Dies gelingt am besten mit einem DBB NRW, der auf die Expertise und die Stärke seiner Fachgewerkschaften setzen kann."

Stefan Behlau

Andreas Hemsing

Andreas Hemsing (54) ist Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft und Landesvorsitzender der komba in Nordrhein-Westfalen. Es ist verheiratet, hat drei Kinder und wohnt in Gescher (Kreis Borken). Geboren ist er in Emsdetten, aufgewachsen in Nordwalde (Kreis Steinfurt).

Andreas Hemsing: „Der öffentliche Dienst steht vor zahlreichen Herausforderungen. Wir als DBB NRW haben die Chance, Veränderungen aktiv mitzugestalten und gemeinsam für die Beschäftigten an guten Lösungen zu arbeiten. Die gewerkschaftliche Arbeit macht mir großen Spaß und ich hoffe, mit meinem Engagement einiges für die Kolleginnen und Kollegen zu bewirken."

Hubert Meyers (64) ist Ltd. Städtischer Verwaltungsdirektor bei der Stadt Aachen. Er ist verheiratet und hat drei Söhne. Geboren, aufgewachsen und wohnhaft ist er in Aachen.

Hubert Meyers: „Es reizt mich insbesondere, die Belange der Kolleginnen und Kollegen der Kommunen im Fokus unserer Dachorganisation zu halten. Die gewerkschaftliche Arbeit macht mir großen Spaß und ich hoffe mit meinem Engagement, einiges für die Kolleginnen und Kollegen zu bewirken."

Hubertus Meyers

Die erstmals neu gewählten Mitglieder des Vorstands **Rainer Hengst**, **Achim Hirtz** und **Astrid Walter-Strietzel** werden in der nächsten Ausgabe vorgestellt. ■

Die Seminarteilnehmer mit Roland Staude und Mathia Arent-Krüger, der Vorsitzenden der DBB NRW Seniorenvertretung (vorne Erste und Zweiter von links)

Roland Staude besuchte Seminar für Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Prävention vor Pflege, Sicherheit im Alter und die Europäische Datenschutzgrundverordnung. Das waren die Themen des Seminars für Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter der Fachgewerkschaften im DBB NRW in der DBB Akademie in Königswinter-Thomasberg.

Die Vorsitzende der Seniorenvertretung, **Mathia Arent-Krüger**, freute sich ganz besonders, den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, **Roland Staude**, begrüßen zu können, der über aktuelle Themen aus der Arbeit des DBB NRW berichtete. ***MAK***

DBB intern

Nachwahl bei vhw-Mitgliederversammlung

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des Verbandes Hochschule und Wissenschaft, Landesverband NRW (vhw-nrw) an der Universität Duisburg-Essen, wurde im Rahmen einer Nachwahl Frau Professor Dr. jur. **Binke Hamdan** für den im April zurückgetretenen Dipl.-Verw.-Wirt **Thomas Bähr** als reguläre Beisitzerin im Landesvorstand gewählt ■

Prof. Dr. Thorsten Köhler (Landesvorsitzender), Prof. Dr. Dirk Noosten (stellvertretender Landesvorsitzender), Prof. Dr. Binke Hamdan (Beisitzerin), Dr. Carl Müller-Platz (ehemaliger Landesvorsitzender), Dr. Sebastian Schmuck (Geschäftsführer) (von links)

DBB Kreisverbände Wesel und Kleve zu Besuch in der Kreisleitstelle Wesel

Die DBB Kreisverbände Wesel und Kleve haben im Rahmen einer gemeinsamen geschäftsführenden Vorstandssitzung die Kreisleitstelle der Feuerwehr im Kreis Wesel besucht. Die Vorsitzenden **Michael Nabbefeld** und **Willi Fischer** freuten sich über die rege Teilnahme ihrer Vorstandsmitglieder. ■

Andreas Schucht, Burkhard Welling, Beatrix Meuskens, Willy Fischer, Uwe Fengels, Adelheid Brögger, Michael Nabbefeld, Jörg Kessler, Cornelia Doernemann, Jürgen Pitzner, Dietmar Leimann, André Mautz, Aloys van Heukelum, Volker Schulz (von links)

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10.
E-Mail: redaktion@DBB-nrw.de. **Internet:** www.DBB-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK). **Redaktion:** Mathia Arent-Krüger (MAK), Julia Dalhoff-Schereik (JDS), Markus Klügel (MK), Johanna Muschalik (JM) und Malte Poerschke (MP).
Bildredaktion: Tanja Henze.
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: DBB verlag gmbh. **Internet:** www.DBBverlag.de. **E-Mail:** kontakt@DBBverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.
Anzeigen: DBB verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@DBBverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 41, gültig ab 1.10.2018.
Ständige Beilage: dbb magazin.
ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

Für die dbb jugend nrw nahm Anna Petri-Satter aus der Geschäftsstelle an der CESI-Konferenz teil.

© DBB NRW

dbbj nrw bringt sich in europäische Kampagne zum Schutz der Beschäftigten ein

2. CESI@work-Konferenz in Madrid

Den Schutz der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat sich auch die CESI zum Ziel gesetzt. Als der europäische Gewerkschaftsdachverband am 21. Juni in Madrid zur zweiten CESI@work-Konferenz zusammenkam, war die Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, die dbb jugend nrw, mit ihrem Wissen aus Kampagnenarbeit und den Sicherheitskonferenzen dabei. Um das Thema Schutz und Sicherheit auf europäischer Ebene anzupacken, wurden dort Lösungsansätze und Erfahrungen ausgetauscht.

Nachdem die dbb jugend nrw bereits bei der ersten Konferenz ihre Kampagne als erfolgreiches Best-practice-Beispiel vorgestellt hatte, war der nordrhein-westfälische Jugendverband auch bei der zweiten Konferenz am Austausch beteiligt. Auch der Jugendvertreter der CESI, **Matthäus Fandrejewski**, stellte in seiner Rede die Positionen der dbb jugend nrw als entscheidende Ansatzpunkte dar. Darüber hinaus berichteten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener spanischer Gewerkschaften über ihre jeweiligen Herangehensweisen an das Thema Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Nicht nur in Deutschland werden Beschäftigte aller Bereiche des öffentlichen Dienstes in bestürzendem Ausmaß Opfer von Übergriffen. Auch spanische Staatsdienerinnen und Staatsdiener haben damit zu kämpfen. Die psychischen Auswirkungen der erlebten Gewalt stellen sich dabei häufig als die schwerwiegendsten Folgen des Erlittenen heraus.

Erschwerend wirkt die Scham der Betroffenen, sich mitzuteilen, ebenso wie die Furcht vor negativen Konsequenzen durch Kollegium und Vorgesetzte. Vor allem aber, so waren sich alle Sprecherinnen und Sprecher einig, müssten Vorgesetzte und politische Entscheidungstragende auf ihre Verantwortung aufmerksam gemacht werden. Sie müssten die Folgen aller Arten von Gewalt – auch alltäglicher verbaler Übergriffigkeiten – auf die psychische Gesundheit von Beschäftigten anerkennen und Verantwortung für den Schutz der Staatsdienerinnen und Staatsdiener übernehmen.

„Wir verlieren nicht nur unsere Autorität, sondern auch unsere Würde“, so **Rocia Diaz Conde**, Schuldirektorin und Vertreterin der spanischen Gewerkschaft CSID. Es sei die Aufgabe der Regierungen, psychische Erkrankungen, die aus der Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes resultierten, als Folgen der Berufsausübung und nicht länger als Privatproblem der Betroffenen anzuerkennen und entsprechende Schutzmaßnahmen und Hilfe zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt müsse klar sein, so **Klaus Heeger**, Generalsekretär der CESI: „Wer Beschäftigte des öffentlichen Dienstes angreift, greift damit unsere Gesellschaft an sowie die Werte, durch die sie zusammengehalten wird.“ ***MK***